

vom 31.03.2017, 16:54 Uhr

Rechtspopulismus

"Multikulti-Feste sind nicht genug"

Von Christoph Irrgeher

Was richtet Rechtspopulismus an? Wie lässt er sich bändigen? Eine kulturpolitische Tagung suchte Antworten. Auch unbequeme.

Wien. Donald Trump in Washington, Viktor Orbán in Budapest, Norbert Hofer - fast - in der Wiener Hofburg: In der politischen Welt werden die Karten neu gemischt; das Trumpf-Ass landet nicht selten bei den Rechtspopulisten - wobei manche Altpartei versucht, die laute Konkurrenz zu überflügeln. "Die Regierungsparteien überbieten sich darin, rechtspopulistische Positionen zu übernehmen", klagt der österreichische Politikforscher Michael Wimmer. Diese Entwicklungen könnten auch "massive Konsequenzen" haben für die Kultur. Ginge es etwa nach dem Niederländer Geert Wilders, würden Kulturförderungen weitgehend abgedreht. Zudem: Käme ein solcher Mann an die Macht (was Wilders jüngst nicht gelang), würde er dann nicht eine heimatverbundene Kunst fordern?



Am Donnerstag hat Wimmer ein Symposium zum Thema "Kulturpolitik und Rechtspopulismus" an der Universität für angewandte Kunst eröffnet. Fakt ist für ihn: Eine Art Gegenrevolution steht in den Startlöchern. In den 60er und 70er Jahren hätten junge Feuerköpfe, der Elite zum Trotz, einen breiten Kulturbegriff durchgesetzt. Heute säßen diese Reformer selbst als "Establishment" auf der Anklagebank. Für Wimmer "eine Seltsamkeit der Geschichte". "Unsere kulturpolitischen Vorstellungen sind in die Jahre gekommen."

Angriffig und wehleidig

Wie aber knabbert der Rechtspopulismus daran? Der Ethnologe Werner T. Bauer versucht, den Begriff dingfest zu machen. Populismus, sagt er, sei nicht allein Rechtsparteien vorbehalten. Er könne "sogar" bei den Grünen auftauchen, weil sich der Neid auf "die da oben" auch vor einen links-alternativen Karren spannen lässt. Es gäbe da aber noch einen demagogischen "Wir-gegen-die"-Gegensatz, und der sei vor allem den "Rechten" vorbehalten: das Auspielen der In- gegen die Ausländer. Das packe den Menschen bei einer instinktiven Wurzel: der Angst vor Fremdem. Es sei dies nicht das einzige Merkmal solcher Parteien: Meist besitzen sie eine charismatische Führerfigur, geben sich blumige Namen ("Bewegung" oder "Aktion"), neigen zu Tabubrüchen der Sorte "Wir sagen, was andere nur denken", seien dafür aber schrecklich wehleidig, wenn sie in die Kritik geraten. Und: Solche "Bewegungen", mittlerweile in (fast) ganz Europa beheimatet, hätten nur selten ein widerspruchsfreies Programm. Bauer spricht darum von "Ideologien ohne Weltanschauung". Sie zögen verunsicherte Kleinbürger ebenso an wie die viel zitierten "Modernisierungsverlierer".

Warum aber gelingt der Fischzug? Er vollziehe sich in einer Welt, in der Billig-Jobs ins Ausland verschwinden, in der unübersichtliche Migrationsströme umherziehen und in der sinnstiftende Gemeinden wie die Kirche einen Bedeutungsverlust erlitten haben. Zudem ortet Bauer in gewissen Bevölkerungsschichten ein Problem, Standpunkte der öffentlichen Meinung nachzuvollziehen - wie die Willkommenskultur oder den "Gender-Wahn". Was tun gegen Unverständnis und Xenophobie? Bauer: "Es bleibt nur der steinige Weg zu den ‚Menschen da draußen‘. Man müsse ihnen mehr bieten "als irgendwelche Multikulti-Feste im Gemeindebau".

Auch der Soziologe Kenan Güngör ist der Ansicht, dass sich das Problem nicht im links-intellektuellen Elfenbeinturm lösen lässt. "Ich will nicht die Überzeugten überzeugen", sagt er, "sondern auch mit Menschen reden, die Ressentiments haben." Apropos: Wo sind sie bei der Veranstaltung im Heiligenkreuzerhof, warum sitzt kein Rechtspopulist am Tisch bei der Podiumsdiskussion? Eine Frau aus dem Publikum bemängelt, im schmucken Saal ja doch vor allem Akademiker zu sehen: "Wir sind in einer Blase." Antwort Wimmer: Er habe sich überlegt, auch Rechtspopulisten einzuladen, sei für diesen Vorschlag aber von den Referenten "massiv gebasht" worden. Eine andere Stimme aus dem Saal wagt sich an die Grenze der Political correctness: Die Frau sagt, man solle Leute "nicht in ein rechtes Eck stellen", wenn sie sich Sorgen machen angesichts der Migrantinnen- und Arbeitslosenzahlen.

Güngör tut das auch nicht. Es sei "völlig verfehlt", die bange Frage, ob weitere 100.000 Zuwanderer kommen könnten, für einen Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit zu halten. Die Flüchtlingsströme würden das Gefühl eines "existenziellen Kontrollverlusts" auslösen, sagt er. Hinzu käme, dass sich die Ankömmlinge durch ihre Religiosität stark von einer - weitgehend säkularisierten - Bevölkerung unterscheiden: "Wenn das keine Spannungen erzeugen würde, wäre ich überrascht."

Der Soziologe ortet in solchen Belangen Widersprüche im linken Lager: Dort sei man Vatikan-kritisch, aber Moslem-freundlich, Patriotismus-skeptisch, aber offen für Fremde mit Heimatbezug. Solche Widersprüche, sagt Güngör, würden im linken Spektrum für "wahnsinniges Herumeiern" sorgen. Damit will der Soziologe nicht der Ausländerfeindlichkeit das Wort reden, sondern einem schärferen Blick. "Wir haben einen Riesenfehler gemacht, indem wir die Gruppen ideologisch aufgeladen haben", also: die Migranten entweder pauschal für gut oder böse, links oder rechts halten. "Wir haben es nicht geschafft, Vielfalt vielfältig zu denken." Güngör interessiert sich dafür, wie die Menschen Ideologien auf den Leim gehen. "Wenn sie das Gefühl haben, etwas nicht sagen zu können, gehen sie dorthin, wo es möglich ist - aber wo es instrumentalisiert wird."

"Positive Narrative schaffen"

Den Sog der Rechtspopulisten will auch Kulturminister Thomas Drozda drosseln. Der SPÖ-Politiker, in der letzten Diskussion des Tages gemeinsam mit Angewandte-Rektor Gerald Bast zu hören, zeigte sich besorgt, wie sehr der Ungeist in der "politischen Mitte" angekommen sei; er ortete ihn dort vor allem bei der ÖVP und Außenminister Sebastian Kurz. Drozda tadelte aber auch eine SPÖ, die in der Vergangenheit "zu wenig Gegenposition bezogen" habe. Man dürfe "den Ball nicht flach halten", sondern müsse rechtslastigen Fake-News "mit Fakten entgegentreten" und "positive Narrative schaffen".

URL: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/kultur/kulturpolitik/883100_Multikulti-Feste-sind-nicht-genug.html

© 2017 Wiener Zeitung